

Fraktiondirekt

Das Magazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Dezember 2023

Die Bundeswehr muss attraktiver werden

Gastbeitrag von Serap Güler

"Wir müssen die Asylzahlen endlich spürbar reduzieren"

Interview mit Andrea Lindholz über die Migrationskrise

CDU  CSU

- 3**
Zu Beginn
Thorsten Frei
- 4**
Im Gespräch
Interview mit Andrea Lindholz über die Migrationskrise
- 6**
Gastbeitrag
Serap Güler über die Bundeswehr

- 8**
Im Fokus
*Bauen, bauen, bauen –
Rezepte gegen den Wohnungsmangel*
- 10**
In eigener Sache
Halbzeitbilanz der CDU/CSU-Fraktion
- 12**
Im Bücherregal
Was wir lesen...

- 14**
Im Blick
Die Fraktion in Bildern
- 16**
Zu guter Letzt
Tweet Yannick Bury zur #Schuldenbremse

4

"Wir müssen die Asylzahlen endlich spürbar reduzieren"
Interview mit Andrea Lindholz über die Migrationskrise



© Tobias Koch

6

Die Bundeswehr muss attraktiver werden
Serap Güler über die Armee als Arbeitgeber



© Laurence Chaperon

8

Bauen, bauen, bauen
Rezepte gegen den Wohnungsmangel



© Pixabay, 2211438

Liebe Leserinnen und Leser,

gönnen Sie sich mal eine Auszeit! Die Weihnachtsfeiertage und der Jahreswechsel sind eine gute Gelegenheit, zur Ruhe zu kommen, Bilanz zu ziehen und die bevorstehenden Herausforderungen in den Blick zu nehmen.

Besonnenheit ist in diesen Tagen und Wochen manchmal gar nicht so einfach. Denn Deutschland und Europa durchleben derzeit eine Fülle an Krisen. So stellte das Bundesverfassungsgericht erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Verfassungswidrigkeit und Nichtigkeit eines Haushaltsplans fest. Zugleich wird das Land durch eine stets steigende Zahl unkontrollierter Zuwanderung belastet. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten erschüttern die internationale Ordnung.

Hinzu kommt eine Ampel-Koalition, die eher einem aufgeschreckten Hühnerhaufen gleicht als einem Team an Verantwortungsträgern, die an einem Strang ziehen. Anstatt gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, driften die Regierungsfaktionen in wichtigen Fragen auseinander. Reden und Handeln passen bei dieser Regierung nicht zueinander. Beim Parteitag der Grünen Ende November war zu beobachten, wie wenig Interesse die Basis an Kompromissen, an reibungslosem Regieren zeigt. In der Migrationspolitik pfeift die Basis auf den Willen der breiten Bevölkerungsmehrheit, obwohl die Kommunen landauf landab mit der Unterbringung, Versorgung und Integration der Zuwanderer überfordert sind.

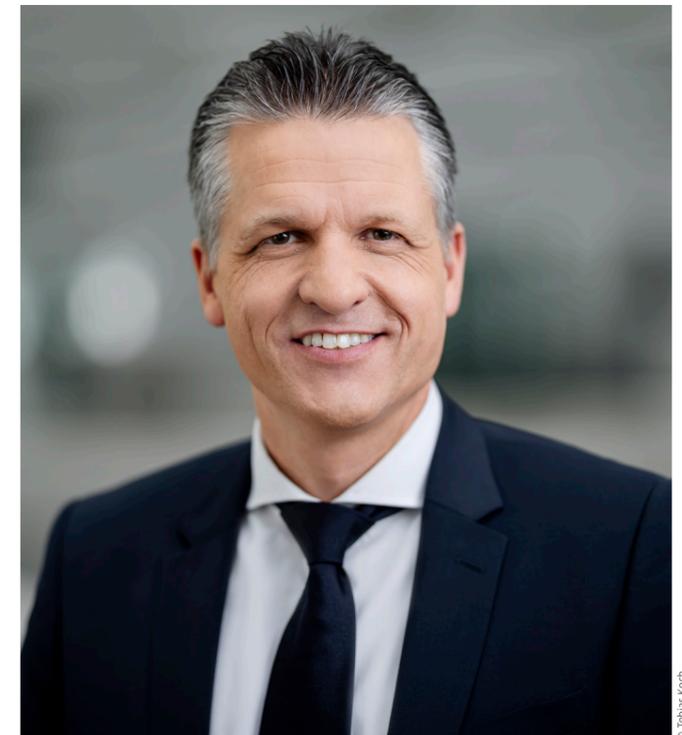
Am Jahresende kühlen sich politische Debatten erfahrungsgemäß ab. Der Blick auf die Wirklichkeit wird nüchterner. Was wir sehen, ist: Die Regierung steht vor den Trümmern ihrer Haushaltspolitik. Sie wird sich weitere Kunstgriffe bedienen, um sich frisches Geld zu beschaffen. Dabei hat Deutschland kein Einnahmeproblem. Rechnet man die Steuereinnahmen auf allen Ebenen zusammen, durchbricht der Staat demnächst die Rekordmarke von einer Billion Euro. Das Problem liegt also auf der Ausgabenseite. Der Koalition fehlt der Wille, Prioritäten zu setzen. Die zerstrittenen Koalitionäre schütten Differenzen gerne mit Geld zu.

Die Unionsfraktion steht für einen anderen Weg. Wir trauen den Menschen etwas zu. Wir stehen für das Prinzip des Förderns und Forderns. Für Wohlstand, Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wollen wir in Bildung, Digitales und Forschung investieren. Und wir wollen einen funktionsfähigen Staat: Gut ausgestattete Schulen und Hochschulen müssen wieder selbstverständlich sein, ebenso wie zeitgemäß ausgerüstete Sicherheitskräfte.

Viel Freude beim Lesen!

Ihr

Thorsten Frei
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag



© Tobias Koch

"Wir müssen die Asylzahlen endlich spürbar reduzieren"

Andrea Lindholz über die Migrationskrise und wirksame Maßnahmen zu ihrer Bewältigung

Immmer mehr Asylsuchende zieht es nach Deutschland. Bis zum Ende des Jahres werden weit über 300.000 Menschen erstmals Asyl in Deutschland beantragt haben. Städte und Gemeinden sind mit dieser irregulären Zuwanderung längst überfordert, denn sie müssen sich seit Februar 2022 schon um über eine Million Ukraine-Flüchtlinge kümmern. Die Ampel-Koalition geht das Problem nach wie vor nur halbherzig an. Die Mithilfe der größten Oppositionspartei schlägt sie bislang aus. Dazu ein Gespräch mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Lindholz.

Frau Lindholz, einen Deutschlandpakt zwischen Koalition und Opposition wird es trotz der immensen Herausforderungen in der Migrationskrise offenbar nicht geben. Sind Sie enttäuscht?

Lindholz: Ich bin eher fassungslos, wo unser Land eineinhalb Jahre nach Beginn der Migrationskrise steht: Die Asylzahlen sind so hoch wie zuletzt 2016, unsere Kommunen wissen nicht mehr ein noch aus – aber die Ampel ist so in ihrer Ideologie gefangen, dass in der Realität kaum etwas vorangeht. Anfang September schien es für einen kurzen Moment so, als habe der Bundeskanzler mit dem Vorschlag eines ‚Deutschlandpakts in der Migration‘ den Ernst der Lage erkannt. Bedauerlicherweise wurde sehr schnell deutlich, dass es sich nur um ein weiteres politisches Manöver von Herrn Scholz handelte. Unsere konkreten Vorschläge für eine rasche Verbesserung der Situation werden von der Ampel weitgehend abgelehnt. Das ist eine Katastrophe für unser Land.

Welche Versäumnisse der Koalition sehen Sie auf nationaler Ebene?

Lindholz: Die Ampel hat die Migrationskrise zunächst geleugnet, dann ignoriert und schließlich wichtige Maßnahmen verschleppt. Bundeskanzler Scholz musste zu dem Flüchtlingsgipfel im Mai 2023 geradezu genötigt werden. Sieben Monate später sind noch immer nicht alle dort beschlossenen Maßnahmen in Kraft. Die Ampel agiert weiterhin viel zu zögerlich, obwohl angesichts der Lage in den Kommunen entschlossene Schritte erforderlich sind. Denken Sie nur an die monatelange Weigerung von Innenministerin Faeser, stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen

zu Polen, Tschechien und der Schweiz einzuführen. Knapp zwei Monate nach der Einführung ist klar: Diese Kontrollen sind ein voller Erfolg. Die Bedingungen für die dort eingesetzten Bundespolizisten sind jedoch mangelhaft. Hier muss Frau Faeser gerade mit Blick auf die anstehenden Wintermonate dringend nachbessern. Noch schlimmer als das Zögern der Ampel ist aber, dass sie selbst jetzt noch ihre linke Migrationsagenda vorantreibt. Integrationsmaßnahmen für Ausreisepflichtige, Turbo-Einbürgerungen – das ist absolut schädlich.

Wie lässt sich die stark gestiegene irreguläre Zuwanderung wirksam stoppen?

Lindholz: Es braucht ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Einige Beispiele aus dem innenpolitischen Bereich: Wir müssen freiwillige Aufnahmeprogramme sofort stoppen. Wir müssen weitere Länder als sichere Herkunftsstaaten einstufen. Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten müssen wir aussetzen. Und wir müssen Leistungen reduzieren – gerade für Ausreisepflichtige. Die Erhöhung auf Sozialhilfeniveau darf erst nach drei Jahren kommen. Schließlich: Wir müssen an das Bürgergeld ran, weil es falsche Signale in die Welt sendet.

Auch die deutsche Außenpolitik ist gefordert: Echte Fortschritte bei Rückführungen wird es nur geben, wenn wir belastbare Rückübernahmeabkommen mit den Hauptherkunftsländern irregulärer Migration abschließen. Hierzu hört und sieht man weder von der Außenministerin noch von dem eigens eingesetzten Sonderbeauftragten etwas. Schließlich muss auch auf europäischer Ebene einiges passieren.

An welchen Stellschrauben muss die EU denn drehen?

Lindholz: Wir brauchen endlich einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen. Hierzu muss die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX weiter gestärkt werden. Es müssen hinreichende EU-Mittel für die Errichtung von Grenzschutz-Infrastruktur freigegeben werden. Wichtig ist auch die Wiederbelebung der EU-Türkei-Vereinbarung, denn die Türkei ist und bleibt ein Schlüsselland in der Migrationsfrage.

Und schließlich müssen neue EU-Asylregeln, die gerade in Brüssel verhandelt werden, stärker als bislang auf



Andrea Lindholz Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion

die Steuerung und Begrenzung der Asylmigration gerichtet sein. Das bedeutet zum Beispiel effektive Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen für Menschen mit geringer Bleibeperspektive. Für die Unterbindung illegaler Weiterreisen innerhalb der EU bedarf es der Klarstellung, dass Personen mit Asylantrag in einem anderen Mitgliedstaat notfalls an den Binnengrenzen zurückgewiesen werden dürfen. Auch muss die uneingeschränkte Möglichkeit geschaffen werden, Asylverfahren nach Antragstellung in der EU in sicheren Drittstaaten durchzuführen. Je mehr Steuerung und Begrenzung, desto mehr Humanität für tatsächlich Schutzbedürftige ist möglich.

Welche Unterstützung brauchen die Städte und Gemeinden – außer Geld?

Lindholz: Der Bund und die Länder müssen den Kommunen möglichst unbürokratisch weitere Flächen und Gebäude für die Unterbringung von Asylbewerbern zur Verfügung stellen. Auch sollte die geplante bundesweit einheitliche Bezahlkarte für Empfänger von Asylbewerberleistungen baldmöglichst eingeführt werden. Denn sie reduziert den Verwaltungsaufwand in den Städten und Gemeinden.

Am besten unterstützen wir die Kommunen jedoch, indem wir die Asylzahlen endlich spürbar reduzieren. Mit der Unterbringung und Verpflegung allein ist es ja nicht getan. Viele der Aufgenommenen werden auf Dauer bleiben. Somit stehen die Kommunen vor der Herkulesaufga-

be, die Menschen in den kommenden Jahren in die Gemeinschaft vor Ort zu integrieren. Und das, obwohl die Kapazitäten in den Kitas, den Schulen und der Gesundheitsversorgung vielerorts längst erschöpft sind.

Stichwort Integration: Die Demonstrationen auf deutschen Straßen nach dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober haben gezeigt, dass die Integration zahlreicher Migranten offenbar gescheitert ist. Was muss anders werden?

Lindholz: Wir müssen den Menschen, die zu uns kommen, von Anfang an und viel deutlicher als bislang klar machen, dass wir zwar ein weltoffenes und tolerantes Land sind, aber dass bei uns eine freiheitlich-demokratische Grund- und Werteordnung gilt, deren Verletzung wir nicht dulden. Multi-Kulti ist gescheitert. Bei uns sind Frauen und Männer gleichberechtigt, Punkt. Das ist nicht kulturell relativierbar.

Ein weiteres Beispiel: Wir stehen schon aufgrund unserer Geschichte ohne Wenn und Aber zum Existenzrecht des Staates Israel und akzeptieren keinen Antisemitismus. Grundlegende Werte wie diese müssen sich noch stärker in unserem Bildungssystem und unserer Rechtsordnung widerspiegeln. Und wir müssen sie durchsetzen. Wir müssen, um die weitere Ausbildung von Parallelgesellschaften zu verhindern, Integration weiter fördern, aber künftig stärker als bislang auch fordern.

Die Bundeswehr muss attraktiver werden

Eine kriegstüchtige Armee braucht mehr Soldaten

Von Serap Güler

Fast zwei Jahre ist es her, dass der Bundeskanzler die Zeitenwende ausgerufen hat. Seitdem führen wir Debatten darüber, wie wir die Bundeswehr zu einer kriegstüchtigen und verteidigungsbereiten Armee umbauen. Im Kern dreht sich die Diskussion um die Finanzierung. Wie können wir das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen, also zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung stecken? Was brauchen wir an Rüstung und Ausrüstung, damit die Bundeswehr einsatzbereit ist? Ein Faktor wird dabei aber gerne vergessen: Wie können wir genug Personal rekrutieren? Wie wird die Truppe attraktiv für den Nachwuchs?

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur viel Leid über die Menschen dort gebracht. Er hat uns allen auch die Augen geöffnet, wie es um die Sicherheitslage in Europa und der Welt wirklich bestellt ist. Höchste Zeit also, dass wir die Zeitenwende in den Köpfen vollziehen – sowohl in denen der Politikerinnen und Politiker als auch in denen der Bürgerinnen und Bürger.

Das fällt vielleicht nicht auf Anhieb leicht, denn nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben wir bereitwillig die Friedensdividende eingestrichen, haben die Bundeswehr verkleinert und die Wehrpflicht ausgesetzt. Letzteres bedeutet allerdings, dass junge Menschen nicht mehr automatisch in Kontakt mit der Bundeswehr kommen. Sie müssen sich nicht mehr mit dem Gedanken auseinandersetzen, ob sie ihrem Land dienen wollen, notfalls auch mit der Waffe in der Hand.

Deshalb muss sich die Bundeswehr nun aktiv darum kümmern, geeignete Männer und Frauen zu finden, die genau diesen Dienst an ihrem Land leisten wollen. Auf dem Arbeitsmarkt konkurriert sie dabei mit anderen Arbeitgebern um engagiertes Personal. Wie schwierig die Rekrutierung sich gestaltet, zeigt die Tatsache, dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in diesem Jahr gesunken ist – wohlgernekt mitten in der Zeitenwende. Gleichzeitig

schließt sich das Zeitfenster für die Wende in den Köpfen. Denn die Menschen treiben inzwischen andere Sorgen um, die zwar teils Auswirkungen des Krieges sind, aber mit Fragen der militärischen Sicherheit nicht direkt in Verbindung gebracht werden: nämlich Inflation, Energieknappheit und die Migrationskrise.

Auch wenn Soldatsein kein Beruf ist wie jeder andere: Dass der Einsatz für unsere Demokratie eine packende, eine erfüllende Aufgabe ist, eine, für die es sich zu kämpfen lohnt, davon konnte ich mich kürzlich nochmals persönlich überzeugen. Im September habe ich eine Woche als Frau Oberleutnant Güler an einer Informationsveranstaltung der Infanterieschule in Hammelburg teilgenommen. Von Märschen über den Häuserkampf und die Infanteriekampfbahn bis hin zum scharfen Schuss mit dem G36 – zwar haben wir Zivilisten nur einen sehr kleinen Aus-

schnitt des Truppenalltags gesehen, aber doch am eigenen Leib miterleben können, wie viel Soldatinnen und Soldaten leisten. Wie sie sich fühlen, wenn es um sie herum explodiert, wenn verwundete Kameraden auf dem Boden liegen. Vor allem aber habe ich gespürt, wie schnell der gemeinsame Einsatz in Uniform zu der Art von Kameradschaft führt, von der immer die Rede ist.

Die Vielseitigkeit des Dienstes in der Bundeswehr und die Kameradschaft in der Truppe sind es, die wir endlich wieder in den Vordergrund rücken müssen, wenn wir neues Personal gewinnen wollen. Und das müssen wir, damit die Bundeswehr Deutschland und das Bündnisgebiet im Ernstfall verteidigen kann. Zielmarke des Bundesverteidigungsministeriums ist es, in



Serap Güler Verteidigungsexpertin der CDU/CSU-Fraktion

© Laurence Chaperon

Kein Beruf wie jeder andere



naher Zukunft 203.000 Männer und Frauen im Militärdienst zu beschäftigen. Soll das gelingen, muss an mehreren Stellschrauben gedreht werden.

Erstens muss die Bundeswehr in einschlägigen Jobportalen im Netz präsent sein. Sie muss in den Innenstädten und in den Regionen für sich werben. Auch an den Schulen muss sich die Bundeswehr präsentieren, etwa indem Jugendoffiziere den Unterricht besuchen. Und sie muss sich stärker öffnen für Quer- sowie Wiedereinsteiger.

Zweitens ist es notwendig zu analysieren, warum so viele Rekruten in den ersten Monaten schon die Ausbildung abbrechen. Denn nur, wenn wir die Gründe kennen, können wir diesem Phänomen entgegenwirken. Eines liegt auf der Hand: Wenn wir die jungen Soldaten bei der Truppe halten wollen, sollten wir bei Versetzungen berücksichtigen, wo sie herkommen, wo sie ihre familiäre Bindungen haben oder wo sie gerne ihren Dienst ableisten würden.

Drittens muss der Dienst als Reservist attraktiver werden. Für Reservisten sollten wir mehr Lehrgänge anbieten und bei den Lehrgangszeiten flexibler sein. Auch soll-

ten wir darüber nachdenken, ob wir in Krisenzeiten die Arbeitgeber nicht künftig dazu verpflichten, einen Reservisten für eine Reserviedienstleistung freizustellen.

Nicht zuletzt ist die gesellschaftliche Wertschätzung für den Beruf des Soldaten unerlässlich. Wir dürfen nicht unterschätzen, wie wichtig es für die Männer und Frauen in Uniform ist, von der Gesellschaft getragen zu werden. Denn sie repräsentieren diese Gesellschaft nicht nur, sondern sie würden zu deren Schutz im Ernstfall ihr Leben opfern.

Das soziale Gesellschaftsjahr, für das ich mich einsetze, kann ein Puzzlestück sein, um das Bewusstsein der Menschen für ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu schärfen. Alle jungen Menschen sollten sich einmal in ihrem Le-

ben damit auseinandersetzen, auf welche Weise sie der Allgemeinheit etwas zurückzugeben können. Auch die Bundeswehr könnte Nachwuchskräfte unter denjenigen finden, die ihr Gesellschaftsjahr bei der Truppe leisten. Dies wäre ein Bindeglied zwischen Gesamtbevölkerung und Truppe. Das Verständnis für die Bundeswehr würde automatisch wachsen.

Für Soldatinnen und Soldaten ist die gesellschaftliche Wertschätzung unerlässlich



Bauen, bauen, bauen

Die CDU/CSU-Fraktion hat Rezepte gegen den Wohnungsmangel – Energiestandards senken, Finanzierung fördern

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist dramatisch. Geschätzt fehlen 700.000 Wohnungen. Doch die Zahl der Neubauten sinkt, die Baukosten steigen. Bauprojekte werden reihenweise storniert, Bauunternehmen gehen pleite. Die Ampel-Koalition jedoch handelt nur halbherzig. Die CDU/CSU-Fraktion hingegen fordert Steuervergünstigungen und Förderprogramme. Und: Vorschriften, die die Baukosten in die Höhe treiben, müssen weg.

„Unsere Wohnungsbauwirtschaft kommt aus dem Abwärtsstrudel nicht heraus“, beklagt Ulrich Lange, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er bescheinigt der Ampel ein Totalversagen in der Bau- und Wohnungspolitik. Es gelinge ihr nicht, das Ruder herumzureißen. „Die Ampel hat einfach geschlafen“, sagt auch der wohnungsbaupolitische Sprecher Jan-Marco Luczak. Mit jeder Woche verschärfe sich die Situation.

Dabei hatte sich die Koalition zu Beginn ihrer Amtszeit 2021 zum Ziel gesetzt, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Dieses Ziel wird indes weit verfehlt: Während 2022 noch knapp 300.000 neue Wohnungen fertig gestellt wurden, sind es in diesem Jahr nur noch

223.000. Im nächsten Jahr sinkt die Zahl voraussichtlich sogar auf 177.000.

Derweil berichten 44 Prozent der Baufirmen von fehlenden Aufträgen, über 20 Prozent von Auftragsstornierungen und fast zwölf Prozent von Finanzierungsschwierigkeiten. Investoren motten ganze Bauprojekte ein. Denn um die Häuser seriös zu finanzieren, müssten sie Mieten verlangen, die am Ende keiner bezahlen könnte. Familien, die bauen wollen, können sich die eigenen vier Wände erst recht nicht mehr leisten. Die Zahl der Baugenehmigungen für Privathäuser befindet sich daher im freien Fall.

Die Ursachen sind einerseits enorm gestiegene Baukosten und Bauzinsen. Beispielsweise haben sich die Zinsen binnen kürzester Zeit vervierfacht. Doch nicht nur das Umfeld ist schwierig für die Bauwirtschaft. Viele Probleme sind hausgemacht. So treibt die Ampel-Koalition mit ihren Energie-Vorschriften – etwa für die Dämmung von Häusern und den Einbau klimafreundlicher Heizungen – die Baukosten zusätzlich in die Höhe. Nach Berechnungen der Bauwirtschaft verursacht der Staat 37 Prozent der Kosten, die beim Bau anfallen – also mehr als ein Drittel.

Doch nicht nur das hemmt die Bauwirtschaft: Die Regierung stoppt gleichzeitig Förderprogramme, verringert die Mittel dafür oder verschärft die Kriterien für die Bewilligung. Beispiel: Baukindergeld. Dieses unter der unionsgeführten Bundesregierung eingeführte erfolgreiche Förderprogramm ersetzte die Ampel durch ein unwirksames Kreditprogramm mit dem Namen

»Wir müssen endlich von den hohen Baukosten runter«

„Wohneigentum für Familien“. Nur knapp über 200 Familien beantragten in den ersten drei Monaten seit Bestehen des Programms einen solchen Kredit. Kein Wunder: Allerhöchste energetische Standards muss nämlich erfüllen, wer die Förderung erhalten will.

Einen „Rohrkriecher“ nennt Luczak dieses Förderprogramm. Da helfe auch nicht die Tatsache, dass im Oktober nachjustiert wurde: Zwar wurde das maximal zulässige Haushaltseinkommen angehoben, so dass mehr Familien die Förderung in Anspruch nehmen können, doch die Energiestandards bleiben hoch. Bauen sei für viele Familien also weiterhin nicht finanzierbar, sagt Luczak.

Dabei ist für ihn Eigentum „gelebte Freiheit und gute Altersvorsorge“. Diesen Aspekt kehrt die Ampel erst recht unter den Tisch. Luczak mutmaßt sogar, dass sie extra hohe Anforderungen an die Bauprojekte stellt, damit sie nicht so viel Geld ausgeben muss.

Dass die Regierung die Baupolitik nicht mit dem nötigen „Wumms“ betreibt – um eine Kanzlervokabel zu bemühen –, zeigt allein die Tatsache, dass das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung Bauwesen nicht mit den Zuständigkeiten ausgestattet ist, die nötig wären, um bezahlbares Bauen und Wohnen wirklich voranzubringen. Mitreden dürfen – etwa bei Sanierungsprojekten – das Wirtschafts- und Klimaministerium und bei den Finanzen die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die vom Bundesfinanzministerium beaufsichtigt wird. Effizienz sieht anders aus.

Die Konsequenzen des Wohnungsmangels sind steigende Mieten und gesellschaftliche Spannungen. Deshalb fordert Luczak: „Wir müssen endlich von den hohen Baukosten runter.“ Die energetischen Standards senken und verlässliche Förderprogramme aufsetzen, das sind die entscheidenden Stellschrauben, an denen die CDU/CSU-Fraktion drehen will.

In ihrem Antrag mit dem Titel „Deutschland aus der Baukrise führen“ listet sie einen Dreiklang aus Vorschlägen auf, wie die Bauwirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Da sind zum einen steuerliche Maßnahmen. Hier schlägt die CDU/CSU Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau und Steuervergünstigungen für den Bau klimafreundlicher Wohnungen vor. Die Länder sollen Fami-

lien beim erstmaligen Kauf einer selbstgenutzten Immobilie Freibeträge für die Grunderwerbssteuer einräumen können.

Förderung sollen Familien mit geringem und mittlerem Einkommen erhalten, die ein Haus oder eine Wohnung kaufen oder bauen wollen. Mietkaufmodelle sollen vor allem die erstmalige Anschaffung eines Eigenheims erleichtern. Damit sich junge Leute den Kauf eines älteren Hauses leisten können, sollen sie über ein Programm namens „Jung kauft Alt“ bei der klimagerechten Sanierung und Modernisierung der Immobilie unterstützt werden.

Was die Baukosten angeht, will die CDU/CSU an energetische Vorschriften heran, die als Preistreiber wirken. Das gilt insbesondere für den Energiestandard, den sie beim sogenannten Effizienzhaus 55 deckeln will. EH55 bedeutet, dass ein Neubau nur 55 Prozent der Primärenergie verbraucht, die ein herkömmliches Gebäude schluckt. Der von der Ampel-Koalition für 2024 geplante gesetzliche Standard EH40 soll bis 2025 ausgesetzt werden.



Deutschland kann es besser

Bilanz der CDU/CSU-Fraktion zur Halbzeit der Wahlperiode –
Regierung hat Vertrauen der Wähler verspielt



Der Vorsitzende Friedrich Merz hält die Eröffnungsrede beim Kommunalgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zeiten sind herausfordernd. Die Politik muss Krisen und Kriege, den Klimawandel und die technologische Transformation bewältigen. Doch die Ampel-Koalition regiert unprofessionell. Sie streitet, sie zögert. Sie trickst sogar – wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den schuldenfinanzierten Sondervermögen jüngst gezeigt hat. Bei all dem lässt der Kanzler wenig Führung erkennen. Offensichtlich hat er keinen Plan. Kein Wunder, dass die Bevölkerung zur Halbzeit der Wahlperiode kaum mehr Vertrauen in die Bundesregierung hat.

Die CDU/CSU-Fraktion als größte Oppositionsfraktion hat in den zwei Jahren seit der Bundestagswahl einiges an Vorschlägen und Konzepten entwickelt, wie man es besser machen könnte. So will die Union in der Asyl- und Flüchtlingspolitik Humanität und Ordnung wiederherstellen. Sie zeigt auf, wie sich illegale Migration wirksam begrenzen lässt. Gegen die Wachstumsschwäche Deutschlands hat sie ein Sofortprogramm entwickelt. Wie die Wärmewende technologieoffen, sozialverträglich und marktwirtschaftlich gelingen kann, hat sie ebenfalls dargelegt. Und das sind nur einige Beispiele aus der Halbzeitbilanz der CDU/CSU-Fraktion. Im Folgenden lesen Sie beispielhaft einige Kapitel daraus:

»Der Kanzler lässt wenig Führung erkennen«

Asylpolitik: Für Humanität und Ordnung

Deutschland ist ein starkes und hilfsberechtigtes Land. Wenn es jedoch seiner humanitären Verantwortung gegenüber Schutzbedürftigen gerecht werden will, muss die irreguläre Migration wirksam gesteuert und begrenzt werden. Denn die Aufnahmekapazitäten der Kommunen sind vielerorts erschöpft. Bei einem Gipfel am 30. März 2023 hat die CDU/CSU-Fraktion mit Vertretern von Städten und Gemeinden Lösungen erörtert, die in einen Bundestagsantrag mündeten.

Mögliche Lösungswege: Die europäische Grenzschutzagentur Frontex muss die EU-Außengrenzen besser schützen und unerlaubte Einreisen in den Schengen-Raum reduzieren. Neben Georgien und Moldau müssen auch die Maghreb-Staaten und Indien als sichere Herkunftsstaaten gelten. Entscheidungen über Asylansprüche müssen an der EU-Außengrenze oder in sicheren Drittstaaten getroffen werden. Menschen mit anerkanntem Schutzstatus sollten innerhalb der EU angemessen verteilt werden. Anstatt die Anreize für illegale Migration nach Deutschland zu verringern, verschlimmert die Ampel die Lage mit ihrer laxen Migrationspolitik und einer Aufweichung des Staatsbürgerschaftsrechts.

Wirtschaft: Für Wachstum und Wettbewerb

Die Wachstumsschwäche Deutschlands bereitet der Unionsfraktion Sorgen. Unser Land, die größte Volkswirtschaft Europas, kann es sich nicht leisten, wieder zum „kranken Mann Europas“ zu werden.

Während die Bundesregierung tatenlos zusieht, wie es mit der Wirtschaft bergab geht, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Vorschläge zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen vorgelegt. Denn Deutschland muss in Sachen Steuern und Abgaben mit anderen Ländern konkurrieren können. Auch entlastet es Bürger und Unternehmen, wenn die Sozialabgaben bei 40 Prozent gedeckelt und die Unternehmensteuern auf 25 Prozent gesenkt werden. Die Stromsteuer sollte auf das in der EU zulässige Minimum gesenkt werden. Auch eine Superabschreibung für Investitionen in Klimaschutz, Automatisierung und Digitalisierung würde helfen.

Was die Wirtschaft außerdem entfesseln kann: weniger Bürokratie sowie schnellere Verfahren bei Planungen und Genehmigungen. Die Unionsfraktion fordert ein Belastungsmoratorium, das heißt einen Stopp aller zusätzlichen Belastungen für Wirtschaft und Arbeitnehmer.

Gesundheit und Pflege: Patienten im Fokus

Während die Ampel die Legalisierung von Cannabis zu ihrem Prestigeprojekt macht, kümmert sich die Fraktion von CDU und CSU um die Themen, die die Menschen in einer alternden Gesellschaft wirklich bewegen: die Zukunft der Pflege. In einem Positionspapier fordert die Unionsfraktion, die Finanzierung der Pflegeversicherung auf mehr Füße zu stellen. Sie verlangt bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und mehr Unterstützung für pflegende Angehörige. Auch soll die wohnortnahe Pflege ausgebaut werden.

Bei der Erforschung und Versorgung schwerer und rätselhafter Krankheiten wie Long Covid, Post-Vac und ME/CFS drückt die Unionsfraktion aufs Tempo, um das Leiden der Patienten zu lindern. Frühzeitig hat sie den Dialog mit Betroffenen gesucht, zahlreiche Fachgespräche mit Experten und Erkrankten geführt. Das Ergebnis: mehrere Anträge, mit denen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Ampel dazu gedrängt hat, die Forschung und Hilfe zu diesen Erkrankungen auszubauen. Auf Druck der Union stellte die Ampel mehr Geld für die Erforschung und Behandlung von Long Covid und der schmerzhaften Unterleibskrankheit Endometriose bereit.

Deutschland: Partner in der Welt

Neben der europäischen Integration ist die Partnerschaft mit den USA der wichtigste Pfeiler deutscher Außenpolitik. Gleichzeitig hat das Existenzrecht Israels eine überragende Bedeutung – nicht erst seit dem abscheulichen Terrorangriff der Hamas. Die Unionsfraktion steht in Solida-

rität an der Seite des jüdischen Staates und seiner Bürger und betont das Recht Israels auf Selbstverteidigung.

Die größte Herausforderung der nächsten Jahrzehnte ist allerdings das Verhältnis zu China. Die Fraktion hat dazu im April 2023 ein umfassendes Positionspapier vorgelegt – lange bevor die Bundesregierung ihre China-Strategie veröffentlicht hat. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar: Europa muss seine Wettbewerbsfähigkeit stärken. Abhängigkeiten vom Ausland müssen vermieden werden.

Armut und Hunger auf der Welt nehmen zu, der Klimawandel schreitet voran. Nur wenn wir all dies bewältigen, können wir Fluchtursachen ausräumen. Stärker als bisher muss die Privatwirtschaft in die Entwicklungspartnerschaft einbezogen werden.

»Weniger Bürokratie und schnellere Verfahren«



Was wir lesen...

Bücher lassen uns den Alltag vergessen. In den Stunden, in denen wir lesen, tauchen wir ein in eine andere Welt – eine fremde, eine märchenhafte, eine inspirierende. Begeisterte Leser sind fast immer auf der Suche nach einem guten Tipp, nach einem Buch, das fasziniert, das sie verführt, alles andere stehen und liegen zu lassen. Vier Abgeordnete empfehlen uns ihre Lektüre für lange Winterabende:

Fabian Gramling
aus Steinheim an der Murr

Über die Macht der Worte

In meinen ersten Monaten im Deutschen Bundestag habe ich gelernt, dass es Ereignisse gibt, die ein Zeitfenster eröffnen – nicht nur für einen Wandel in der Sichtweise, sondern auch im politischen Handeln. Es gibt jedoch auch Worte, die zur richtigen Zeit, am richtigen Ort und im richtigen Moment zu großen, unvorhersehbaren Veränderungen führen können – im Negativen, wie im Positiven.

Die Rede von Martin Luther King war eine solche. Mit den Worten „I have a Dream“ hat er Millionen von Menschen Zuversicht und Mut im Kampf für Gleichberechtigung gegeben. Sie markiert einen Wendepunkt in der Geschichte.

Simon Sebag Montefiore hat in seinem Buch 64 berühmte Reden zusammengestellt. Nach meinem Einzug in den Deutschen Bundestag habe ich es zu Weihnachten geschenkt bekommen. Obwohl ich als Abgeordneter in unseren bewegten Zeiten gerade wenig Zeit zum Lesen habe, fesselt mich die Lektüre. Gerade die historische Einordnung der jeweiligen Rede hilft, die Dimension des Gesagten zu erfassen. Auch wenn nicht jede Rede im Bundestag ein Wendepunkt der Geschichte ist, verdeutlicht das Buch doch die Macht der Worte und die Verantwortung, die Bundestagsabgeordnete tragen.

Montefiore, Simon
Sebag, Reden, die unsere Welt veränderten, Suhrkamp Verlag

Anne Janssen
aus Jever

Prostitution bedeutet immer Gewalt

"Entmenschlicht" von Huschke Mau ist ein zutiefst bewegendes und aufklärendes Buch, das die schreckliche Realität der Prostitution aus der Perspektive einer ehemaligen Prostituierten beleuchtet. Mau gewährt einen tiefen Einblick in ihre erschütternde Lebensgeschichte, die von Gewalt, Drogenabhängigkeit und einem harten Überlebenskampf geprägt ist.

Die Autorin erzählt nicht nur von ihrem Leidensweg, sondern nutzt ihre Erfahrungen, um das System der Prostitution zu analysieren und die Abgründe offenzulegen. Ihre These ist, dass Prostitution immer sexuelle Gewalt bedeutet und Frauen in Abhängigkeiten oder Notlagen gefangen sind – während Freier eine Wahl haben. Damit eröffnet sie eine wichtige Diskussion.

Mau bringt uns dazu, die gesellschaftliche Sicht auf Prostitution infrage zu stellen, und lenkt den Fokus auf die Verursacher dieses Problems – Männer, die Frauen kaufen. Ihr Buch ist eine mutige und ehrliche Auseinandersetzung mit einem heiklen Thema, das oft tabuisiert wird. Es ist persönliche Geschichte und Aufruf zur Veränderung zugleich. Es öffnet unsere Augen und fordert uns zum Handeln auf.

Huschke Mau, Entmenschlicht – Warum wir Prostitution abschaffen müssen, Edel Books

Tobias Winkler
aus Roßtal im Landkreis Fürth

Geschichten, die in Erinnerung bleiben

Ob im Winter am Kamin oder im Sommer am Strand – die Kriminalromane von Edgar Wallace, dem Erfinder des Thrillers, entführen den Leser unerbittlich in die aristokratischen Herrenhäuser und dunklen Gassen des viktorianischen Englands. Wer sie liest, begibt sich auf eine faszinierende Zeitreise mit authentischen Bildern, vielschichtigen Charakteren und jeder Menge Spannung. Der Goldmann-Verlag veröffentlichte 1962, anlässlich des 30. Todestages von Wallace, erstmals eine Sammlung von 82 Bänden in deutscher Sprache.

Die Übersetzung ist ein famoses Werk deutscher Sprachkunst und damit selbst ein einzigartiger literarischer Schatz. Abseits der durch Verfilmungen berühmt gewordenen Klassiker wie „Der Hexer“ oder „Der Frosch mit der Maske“ schlummern in dem Gesamtwerk grandiose Geschichten, die in Erinnerung bleiben, als hätte man sie selbst miterlebt. Edgar Wallace ist früh gestorben – mit gerade einmal 56 Jahren. Vor 100 Jahren begann seine erfolgreichste Schaffensperiode und damals wie heute gilt: Es ist unmöglich, nicht von Edgar Wallace gefesselt zu sein.

Edgar Wallace, Gesamtausgabe in 82 Bänden, Rote Krimi, Goldmann-Verlag

Diana Stöcker
aus Lörrach

Politik – Längst nicht mehr reine „Männersache“

Für Jahrzehnte deutscher Geschichte galt: Frauen, die sich politisch engagierten, waren kaum sichtbar. Obwohl es in allen Parteien starke, kluge Frauen gab, obwohl sie wesentlich die Gesellschaft mitgestalteten, war Politik „Männersache“. Politische Ämter waren für Frauen unerreichbar. Jüngere Menschen dürften staunend und Kopf schüttelnd auf das Panorama schauen, das in dem Buch „In der Männerrepublik – Wie Frauen die Politik eroberten“ auf eindrucksvolle Weise gezeichnet wird: individuell, anekdotisch und spannend.

Thomas Körner nimmt uns dabei mit auf eine politische Zeitreise. Mit Rita Süßmuth und Angela Merkel beschreibt er zwei der wichtigsten Politikerinnen der bundesrepublikanischen Geschichte, aber auch unserer CDU-Geschichte. Mit ihrem politischen Wirken und ihrem engagierten Eintreten für ihre Werte und Überzeugungen sind Rita Süßmuth und Angela Merkel für viele junge Frauen (und Männer) Vorbilder geworden, auch für mich.

Torsten Körner, In der Männerrepublik - Wie Frauen die Politik eroberten, KiWi-Verlag



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Die Fraktion in Bildern

Der Parlamentsalltag ist oft bestimmt von der kleinteiligen politischen Arbeit in den Gremien der Fraktion und des Bundestages. Highlights sind demgegenüber die Veranstaltungen der CDU/CSU-Fraktion. Hier eine kurze Nachlese.

Klausurtagung: Wachstum für Deutschland

Mit einer Wachstumsagenda will die CDU/CSU-Fraktion der schwächelnden Wirtschaft in Deutschland wieder auf die Beine helfen. In Schmallingenberg im Hochsauerland, dem Wahlkreis des Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, kam die Fraktionsspitze vom 31. August bis 1. September zu einer Klausurtagung zusammen, um wachstums- und wohlfördernde Maßnahmen zu beschließen. Im Anschluss gaben Fraktionschef Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt ein Pressestatement.



© Tobias Koch



Mobiles Deutschland: Mehr Fahrradwege für Stadt und Land

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Attraktivität des Radverkehrs weiter steigern. Denn genauso wie Autos, Bahn oder Fußgänger haben Fahrräder ihren Platz im mobilen Deutschland. Bei einem Fachgespräch – mit anschließender Radtour durch Berlin – diskutierte die Fraktion am 25. September mit Verkehrsexperten, wie die Radwege weiter ausgebaut und mit anderen Verkehrswegen sinnvoll verknüpft werden können.

© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Kongress: Strategische Partnerschaften im Indo-Pazifik

Der Indo-Pazifik ist eine Region voller Dynamik. Länder wie Australien, Indien, Japan, Neuseeland oder Südkorea sind Wirtschafts- und Sicherheitspartner, weil sie unsere Werte teilen. Eine Sonderstellung in dieser Weltregion nimmt China ein: Es ist für Deutschland und Europa zwar Handelspartner, aber gleichzeitig wirtschaftlicher Konkurrent und Rivale im Wettbewerb der politischen Systeme. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Frühjahr 2023 Eckpfeiler für eine China-Politik formuliert. Titel: „Souveränität aus eigener Stärke“. Bei einem Kongress am 16. November – mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu Gast – intensivierte die Fraktion den Dialog mit den Partnern im Indo-Pazifik.



© Anika Nowak

Nachhaltigkeit: Mit Nistkästen Vögel schützen

Ohne Vögel gibt es keine lebenswerte Umwelt, denn Vögel verbinden Lebensräume. Am Tag der Bundestagsdebatte zur Nachhaltigkeit, am 12. Oktober, setzte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Zeichen für den Erhalt intakter Ökosysteme. Sie übergab jedem Abgeordneten einen Nistkasten. Im heimischen Garten angebracht können die Nistkästen den Vögeln im Winter ein schützendes Heim bieten und im Frühjahr als Brutstätte dienen.



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig



© Tobias Koch



Yannick Bury
@Yannick Bury



Der Staat hat gerade Rekorderlöse, um die Politik von heute zu finanzieren. Die **#Schuldenbremse** garantiert, dass kommende Generationen überhaupt noch finanzielle Handlungsmöglichkeiten haben werden.

Yannick Bury
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de

 www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion

Die Veranstaltungen der Fraktion:
www.cducusu.de/veranstaltungen

 www.youtube.com/cducusu

 www.instagram.com/cducusubt

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

 <https://www.linkedin.com/company/cducusu-im-deutschen-bundestag>

 <https://www.tiktok.com/@cducusu>

 <https://twitter.com/cducusubt>

»Fraktion direkt – Der Newsletter«

»Fraktion direkt – Der Newsletter« erscheint in elektronischer Form nach jeder Sitzungswoche freitagnachmittags. Den Newsletter können Sie abonnieren unter: www.cducusu.de/newsletter

Impressum

Herausgeber:
Thorsten Frei MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

v.i.S.d.P. Hero Warrings

Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
pressestelle@cducusu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag